

## Griechenland

NIKOLAUS WENTURIS

Der deutsche Architekt und Archäologe Leo von Klenze ging schon im 19. Jahrhundert von der Vorstellung aus, daß die Griechen als auserwähltes, exemplarisches Volk der Geschichte das Menschengeschlecht mit seinen Tugenden und Lastern repräsentieren und der Nachwelt als Vorbildung und Warnung dienen sollten. Diesem ‚Vorbild‘ folgend, scheinen nunmehr (im Sinne einer wie auch immer gearteten Kontinuität) auch die zeitgenössischen ‚Griechenland-Experten‘ der Bundesrepublik jenen Legenden, die die Macht von Glaubenssätzen haben, zum Opfer zu fallen und infolgedessen der griechischen EG-Position eine Sonderrolle zu bescheinigen<sup>1</sup>. Da die griechischen EG-Politiken jedoch auch im Berichtsjahr 1985 auf die Verfolgung nationaler Ziele und Interessen ausgerichtet waren, kann die These von der ‚Andersartigkeit‘ der Griechen kaum als eine wissenschaftliche Erklärung, sondern allenfalls als journalistische Vereinfachung apostrophiert werden. Daß diese ‚Vor-Urteile‘ gewöhnlich Ausdruck romantischer Wirklichkeitsvergessenheit sind, wird auch durch die Tatsache bezeugt, daß eine abweichende Haltung kaum das Privileg der Hellenen, sondern vielmehr das Verhalten eines jeden Mitgliedstaates ist. Es tritt immer dann zutage, wenn Entscheidungen von EG-Institutionen grundsätzliche Nationalinteressen tangieren – eine Erscheinung also, die nicht nur die Intergouvernementalismus-Hypothese erhärtet, sondern auch das wichtigste Charakteristikum (von wenigen Ausnahmen abgesehen) im Werdegang der Europäischen Gemeinschaft ist und mehr als alles andere dazu beigetragen hat, daß die politische Integration der Gemeinschaft noch nicht verwirklicht werden konnte.

### *Die Europapolitik in den Massenmedien*

Das Jahr 1985 war in Griechenland durch vorgezogene Parlamentswahlen geprägt. Im Mittelpunkt der parteipolitischen Diskussion standen deshalb in der ersten Jahreshälfte innenpolitische Problembereiche, während die Europapolitik einen peripheren Stellenwert einnahm: Bis zum Wahltag am 2. Juni 1985 war die parteipolitische Kontroverse von einer wachsenden Polarisierung zwischen Regierung und Opposition gekennzeichnet, die vor allem zu einem gefährlichen Abbau des demokratischen Konsensus führte. Auf der einen Seite versuchte die regierende PASOK mit ihrem Wahlspruch „Nie mehr die Rechten“, die Unvereinbarkeit einer Nea Dimokratia-Regierung mit dem Fortbeste-

hen der demokratischen Institutionen zu zeigen. Auf der anderen Seite wollte die oppositionelle ND mit ihrem Wahlmotto „Der Sozialismus führt zum politischen und demokratischen Niedergang“ die antidemokratische Gesinnung der PASOK-Regierung beweisen. Nach den Parlamentswahlen konzentrierten sich die Kontroversen vorwiegend auf die akuten wirtschaftlichen Probleme des Landes und trugen damit auch der Präferenz der Wählerschaft Rechnung, die Problembereiche wie z.B. Arbeitslosigkeit, Inflation oder Steuersenkung ins Zentrum ihrer Wahlentscheidung gestellt hatte<sup>2</sup>.

Und obwohl in den parteipolitischen Auseinandersetzungen die Europapolitik, d.h. die Europäische Gemeinschaft als Ganzes, kaum im Blickpunkt des Interesses stand, konnte die griechische Öffentlichkeit dennoch umfangreiche und zudem sachbezogene Informationen und Analysen über die Abläufe sowie über die Problembereiche in der Gemeinschaft erhalten. Dies war in erster Linie auf den explosionsartig angestiegenen Umfang zurückzuführen, welchen die Presseorgane im Jahre 1985 der Europapolitik eingeräumt haben<sup>3</sup>.

Den wichtigsten integrationsfreundlichen Schritt unternahm die Presse, indem sie eine Reihe von ausländischen Beiträgen veröffentlichte, die unmittelbar die griechische politische, ökonomische und technologische Entwicklung kritisch analysierten<sup>4</sup>. Zum ersten Mal seit 1981 wurde die ‚ausländische Kritik‘ in der innergriechischen Diskussion positiv aufgenommen<sup>5</sup>, während dies in der Vergangenheit stets mit Entrüstung als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands“ oder als „Ausdruck einer Griechenfeindlichkeit“ stigmatisiert wurde.

Für eine weitere Überraschung sorgten ebenfalls die Massenmedien, als sie eine explizit pro-europäische Haltung einnahmen<sup>6</sup> und die Verzögerung der ‚Politischen Union‘ durch Nationalegoismen kritisierten<sup>7</sup> – eine Kritik also, die dem Blickwinkel eines ‚Europäers‘, nicht aber eines ‚Hellenen‘ entsprang und mit den tradierten Vorstellungen des für die griechische politische Kultur normativ Geltenden kaum übereinstimmte<sup>8</sup>. Als wichtigster Aspekt des ‚Bedauerns‘ wurde an erster Stelle die Absicht genannt, das Veto-Recht einzuschränken. Daß diese Absicht auch im Widerspruch zu dem politischen Verhalten der ‚Hauptinitiatoren‘ steht, dafür wurden dem griechischen Leser nicht nur Beispiele der Haltung der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens, sondern auch der Griechenlands aufgezeigt. Die griechische Öffentlichkeit mußte es als Doppelzüngigkeit der EG-Partner auffassen, wenn berichtet wurde, mit welcher Entrüstung die Ankündigung des griechischen Vetos gegen den spanischen und portugiesischen EG-Beitritt im Falle der Nichtannahme der Integrierten Mittelmeerprogramme aufgenommen wurde, andererseits aber die gleichen EG-Regierungschefs einige Monate früher – wie selbstverständlich – mit einem Veto gedroht hatten, falls Wein- und Fischereifragen sowie Zollprobleme nicht in deren Sinn bzw. Interesse hätten geregelt werden können<sup>9</sup>. Aber auch im Zusammenhang mit der Europäischen Politischen Union und dem EUREKA-Programm wurden die Mitglieder des Europäischen

Rates gemahnt, endlich die Kluft zwischen Wunsch und Realität zu überwinden – ein Hiatus, der nach den griechischen EG-Analysen darauf zurückzuführen ist, daß der Europäische Rat zwar immer wieder bestrebt sei, den institutionellen Rahmen der Beschlußfassung zu verbessern, der Konsens in bezug auf den Inhalt der Beschlüsse aber immer schwieriger werde<sup>10</sup>.

Die in den griechischen Massenmedien erstmals in diesem Umfang unternommene, sachbezogene und versachlichte Darstellung von EG-Themen und -Analysen nahm zugleich eine entmythologisierende Funktion wahr, die für die Entwicklung eines griechischen integrativen Beitrages langfristig von Bedeutung sein wird. Denn die Objektivierung des Informationsflusses aus dem EG-Bereich kann zum einen schrittweise zum Abbau der ethnozentrischen Einstellung und des Provinzialismus im apperzeptiven Denken der griechischen Bevölkerung führen, und sie kann zum anderen utopische Vorstellungen wie beispielsweise die Schaffung einer südeuropäischen EG-Front unter der Führung Griechenlands korrigieren<sup>11</sup>. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben die Massenmedien schon getan, indem sie mit einer verobjektivierenden Verbitterung zu der Einsicht gelangt sind, daß weder die ‚Mittelmeer-Allianz‘ in der EG noch die franko-griechische Mesalliance dem griechischen Nationalzentrismus dienlich gewesen sind<sup>12</sup>. Dem Gebot des ‚hellenischen Logos‘ folgend, bleibt der griechischen Öffentlichkeit nunmehr ein Ausweg: Das nationale ‚Glück‘ in einer auf Partnerschaft beruhenden Integration.

#### *Die Europapolitik von Regierung und Opposition*

Die mit den Parlamentswahlen zusammenhängenden innenpolitischen Turbulenzen des ersten Halbjahres wurden nach den Sommerferien von einer ‚Internationalisierung‘ des politischen Klimas abgelöst. Sie brachte eine Beruhigung der Gemüter mit sich und rückte die Europapolitik wieder mehr ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen in Athen. Das neue Element in den europapolitischen Diskussionen lag allerdings in der Tatsache, daß die bis zu diesem Zeitpunkt europäisch aktivere oppositionelle ND ihre Aufmerksamkeit vorwiegend auf die innerparteilichen Kontroversen richtete, die sich schließlich zu einer partiellen Spaltung und Gründung einer neuen konservativen Gruppierung unter dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden der ND, Konstantin Stefanopoulos, zuspitzte. Dagegen versuchte die PASOK-Regierung, ihre ‚neuen‘ politischen Ziele und Programme vornehmlich im Rahmen einer europäischen Dimension der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Die pro-europäische Wende der Regierung Papandreou wurde nach außen hin vor allem durch zwei Faktoren legitimiert: Erstens durch die Verabschiedung der Integrierten Mittelmeer-Programme im EG-Rat, die Griechenland für einen Zeitraum von sieben Jahren rund 4,5 Mrd. DM zur Verfügung stellen; und zweitens durch den Beschluß der PASOK-Regierung, einen langfristigen Kredit bei der Europäischen Gemeinschaft aufzunehmen, um das im Jahr 1985 auf schätzungsweise 3,2 Mrd. Dollar angestiegene Zahlungsbilanzdefizit im

griechischen Haushalt etwas abzubauen<sup>13</sup>. Denn diese wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten Griechenlands hatten nun auch innerhalb des Kabinetts zu der allgemeinen Ansicht geführt, daß das Land ohne Wirtschaftshilfe seitens der EG seine Probleme kaum aus eigener Kraft würde bewältigen können<sup>14</sup>. Und wie kritisch die ökonomische Situation war, das erfuhr die griechische Öffentlichkeit erst nach den Parlamentswahlen durch die Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen (8,5 %) und der Inflationsrate (23,5 %), die wohl auch als psychologische Vorbereitung auf die schließlich am 11. Oktober 1985 beschlossenen Sparmaßnahmen der Regierung geplant war.

Die nunmehr offensichtliche Zuspitzung der wirtschaftlichen Stagnation sowie der (durch eine weitverbreitete Publikation bekannt gewordene) alarmierende Bericht der OECD über die kritische wirtschaftspolitische Lage Griechenlands hatten im wesentlichen zwei Folgewirkungen auf die innenpolitische Situation des Landes: Zum einen ließen sie der durch die wirtschaftliche Krise geschwächten Regierung keinen anderen Ausweg, als Zuflucht und Rettung in einem ‚pro-europäischen Profil‘ zu suchen<sup>15</sup>. Und zum anderen schreckten sie die oppositionelle ND aus ihrer geradezu buddhistischen Versenkung in intraparteiliche Kleinkrämereien auf und zwang sie, diese Art politischer Askese durch eine kontroverse Diskussion auf europapolitischer Basis zu ersetzen.

Ins Zentrum ihrer parlamentarischen Auseinandersetzungen rückte die ND als strittige Themen mit EG-Bezug sowohl die Mittelmeer-Programme als auch die Kreditaufnahme. Nach Meinung der Opposition waren die beschlossenen Mittelmeer-Programme geradezu prädestiniert dafür, die Unfähigkeit der PASOK-Regierung zu demonstrieren. Sie hatte diese Programme nicht nur akzeptiert, sondern der griechischen Öffentlichkeit auch noch als einen diplomatischen Erfolg präsentiert, obwohl die darin beschlossenen Summen für Griechenland weitaus geringer ausfielen als ursprünglich gefordert. Im Zusammenhang mit der Kreditaufnahme der Regierung stützte sich die oppositionelle Kritik auf zwei Argumente: zunächst auf die Konditionen, unter denen der EG-Rat am 22. November 1985 den Kreditantrag Griechenlands bewilligte. Sie verlangten eine Senkung des Zahlungsbilanzdefizits im Jahre 1986 auf 1,7 Mrd. Dollar, im Jahr 1987 auf 1,3 Mrd. Dollar und im Jahr 1988 auf 1 Mrd. Dollar. Und gerade in dieser progressiven Senkung sah die ND eine große Gefahr für die Auszahlung der zweiten Rate, da nach ihrer Ansicht die Regierung spätestens im Oktober 1986 noch schärfere Sparmaßnahmen ergreifen muß, will sie die Bedingungen für die Auszahlung dieses Kredits erfüllen. Und hier knüpft das zweite ND-Argument an, wonach die Regierung Papandreou überhaupt nicht in der Lage sein wird, diese Maßnahmen zu beschließen (geschweige denn durchzusetzen), da sie mit einem enormen Widerstand der griechischen Bevölkerung und aus der eigenen Parteibasis konfrontiert sein werde. Letztere befürchtete, daß derartige Maßnahmen den Wandel und somit die gesellschaftliche Transformation zum Sozialismus endgültig verhindern werden<sup>16</sup>.

Die ND erweiterte dann die strittigen Themen um zusätzliche Politikberei-

che. Den ersten Anlaß dazu gab die Entscheidung der EG-Kommission, durch die die griechische Regierung aufgefordert wurde, innerhalb von zwei Monaten die Subventionierung griechischer Exporte zu beenden. Hier sah die *Nea Demokratia* einen erneuten Beweis für die Unfähigkeit der Regierung, die griechischen Interessen innerhalb der EG effektiv zu vertreten: Nach Ansicht der ND würde die Durchführung dieser Entscheidung die Wettbewerbsfähigkeit und die Absatzmärkte der griechischen Exporte und somit die Wirtschaft des Landes empfindlich treffen<sup>17</sup>. Den zweiten Anlaß gab die Diskussion innerhalb des Rates der Agrarminister bezüglich einer Reformierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Auch in diesem Punkt wurde der Regierung von der oppositionellen Kritik Unvermögen bescheinigt, da diese offenbar nicht in der Lage sei, Diskussionsvorschläge in die Fachministerrunde einzubringen, die die Interessen der griechischen Landwirte schützen und berücksichtigen<sup>18</sup>. Einen dritten Kritikpunkt fand die Opposition schließlich anhand einer Meldung, wonach die Kommission einen Beschluß fassen wolle, daß die bisher gewährten Finanzhilfen für eine Reihe von stark defizitären und strukturell schwachen Industrieunternehmen an die EG-Kasse zurückzuerstatten sind, falls deren Einsatz weder mit den Bedingungen und Anlagen für die EG-Förderung noch mit den gemeinschaftlichen Richtlinien übereinstimmen. Und hier sah die ND den besten Beweis dafür, daß die Politik der PASOK-Regierung unseriös und kurzfristig gedacht und geplant war<sup>19</sup>.

Die Regierung Papandreous wiederum wollte ihre Regierungsfähigkeit sowie die Eignung ihrer Maßnahmen zur Beruhigung der wirtschaftspolitischen Krise durch eine betont pro-europäische Haltung beweisen. Sie hoffte, dadurch zusätzliche Argumente für sich zu gewinnen und die Aufmerksamkeit der griechischen Öffentlichkeit auf andere Themen lenken zu können. In diesem Sinne gebrauchte sie in den parlamentarischen Debatten, in unzähligen Regierungserklärungen und Presseverlautbarungen unermüdlich die aus EG-Kreisen stammende Zustimmung bzw. Befürwortung gewissermaßen als Leumundszeugnis für die Richtigkeit ihrer Maßnahmen<sup>20</sup>. Diese Haltung irritierte zunächst die griechische Bevölkerung, da sie zumindest seit 1981 daran gewöhnt war, daß ähnliche EG-Stellungnahmen von der PASOK als „Einmischung in die innergriechischen Angelegenheiten“ attackiert worden waren.

Auf der anderen Seite war das Kabinett bestrebt, durch eine umfangreiche Präsentation von EG-Problembereichen sowohl die parteipolitische als auch die parlamentarische Auseinandersetzung auf Themenkomplexe zu transferieren, die nicht unmittelbar die innenpolitische Situation Griechenlands tangierten: So erfuhr zunächst das Bekenntnis Papandreous zur Europäischen Gemeinschaft anläßlich eines Interviews mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) am 3. Oktober 1985 eine breite Publizität. Außerdem erfolgte eine dezidierte Präsentation der griechischen Regierungsvorschläge bei den Debatten um die Schaffung einer Politischen Union, den Beratungen des ad hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen und den Überlegungen zur Änderung der

Römischen Verträge. In dem Bestreben, ihre pro-europäische Haltung bzw. Wende zu belegen, stellte die PASOK-Regierung schließlich einen Katalog ihrer europäischen Aktivitäten zusammen, der u.a. beweisen sollte, daß die meisten Entscheidungen in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) auch von ihr mitgetragen worden seien. Zugleich versuchte die Regierung Papandreou, die oppositionellen Attacken, wonach allein die PASOK-Ideologie am Bild Griechenlands als einem schwierigen EG-Partner schuld sei, zurückzuweisen, indem sie auf Sachzwänge, wie z.B. das industrielle und technologische Gefälle zwischen Nord- und Südeuropa, aber auch auf eine ‚hinkende‘ Präsentation der griechischen Ziele und Belange in der Gemeinschaft aufgrund des Mangels an qualifizierten Regierungsbeamten hinwies<sup>21</sup>.

### Schlußfolgerungen

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die verstärkte Implikation von europabezogenen Politikbereichen sowie die zunehmende Betonung einer pro-europäischen Haltung seitens der PASOK-Regierung – vor allem in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres 1985 – eine Folgewirkung der Zuspitzung der wirtschaftspolitischen Krise in Griechenland und somit auch der Einsicht der Regierungsverantwortlichen ist, daß die Existenzfähigkeit des Landes außerhalb der Gemeinschaft zusätzlich gefährdet ist. Dies erhärtet wiederum nicht nur jene Indizien, die auf eine Beschleunigung von integrativen Prozessen in Krisenperioden hinweisen, sondern auch die Vermutung, daß sich die Regierung Papandreou, insbesondere nach den Parlamentswahlen von 1985, in ein Abhängigkeitsverhältnis (d.h. sowohl ideologischer als auch realpolitischer Natur) hineinmanövriert hat, das künftig nicht nur das Quantum von ‚abweichenden Haltungen‘, sondern auch die Qualität der ‚ethnozentrischen‘ Absichten einschränken bzw. senken wird.

Allerdings darf daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die griechische Regierung künftig kaum noch um die Durchsetzung griechischer Interessen und Ziele bemüht sein werde, sondern lediglich, daß die vorwiegend ideologisch und innenpolitisch motivierte Abweichung im Bereich des Gemeinschaftlichen teilweise durch kalkulierbare, weil sachbezogene Schritte ersetzt werden wird.

### Anmerkungen

1 So u.a. Heinz-Jürgen Axt, Wandel und Kontinuität in Griechenland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage B 26 zu Das Parlament, Bonn 1985, S. 21–37; ders., Die Griechen sind nun mal anders, in: EG-Magazin, Bonn 1985, Nr. 9/10, S. 12–14.

2 Vgl. hierzu Greek Opinion, Athen 1985, Vol. II, Nr. 3.

3 Vgl. die europapolitische Berichterstattung vor allem der Tageszeitungen „Kathimerini“, „Eleftherotypia“ und „Eleftheros Typos“ sowie der Wochenzeitung „To Vima“ und des Wochenmagazins „Oikonomikos Tachydromos“ im Berichtsjahr 1985.

4 Vgl. beispielsweise die Interviews mit dem französischen Handelsminister Michel Cré-

- peau, in: Oikonomikos Tachydromos, 7.11.1985 sowie mit dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors, dem Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses Gerd Muhr und dem Mitglied des Europäischen Parlaments Gérard Longuet, in: Oikonomikos Tachydromos, 12.12.1985; vgl. ferner die Parlamentsprotokolle zwischen Juli und Dezember 1985.
- 5 Vgl. Kathimerini, 31.7., 4.12. und 5.12.1985; To Vima, 8.9., 27.10. und 24.11.1985; vgl. weiter das Interview mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Regionalpolitik und Raumordnung Pancrazio de Pasquale und die damit zusammenhängenden innergriechischen Reaktionen, in: Oikonomikos Tachydromos, 7.3.1985.
- 6 Vgl. die proeuropäische Berichterstattung z.B. in Kathimerini, Eleftherotypia, To Vima und Eleftheros Typos während des gesamten Berichtsjahres 1985.
- 7 Diese Tatsache ist besonders wichtig, da die politische Meinung des griechischen Wahlkörpers vorwiegend durch die Massenmedien ausgeformt wird.
- 8 Zu diesem Aspekt vgl. u.a. Nikolaus Wenturis, Das politische System Griechenlands. Eine soziopolitische Analyse, Stuttgart 1984, S. 16–38 und 107–137.
- 9 Vgl. To Vima, 13.1., 31.3., 29.6., 30.6., 2.7. und 8.9.1985; Eleftherotypia, 28.6., 29.6., 1.7. und 5.7.1985; Eleftheros Typos, 11.3., 12.3., 15.3., 1.7. und 25.10.1985.
- 10 Vgl. u.a. Oikonomikos Tachydromos, 11.7.1985.
- 11 Vgl. Kathimerini, 6./7.1., 29.6., 2.7., 3.7., 4.7., 21./22.7., 23.7., 10.9., 20.10., 22.10, 1./2.12., 5.12. und 6.12.1985; Ta Nea, 6.9.1985; Eleftherotypia, 4.5. und 24.5.1985; To Vima, 27.1., 30.6., 2.7., 4.7., 8.9., 10.8., 22.9. und 8.12.1985.
- 12 Vgl. ergänzend zu der in Anm. 11 aufgeführten Berichterstattung weiter Eleftherotypia, 4.5.1985; Kathimerini, 14.6., 29./30.10. und 6.12.1985; To Vima, 8.12.1985; Oikonomikos Tachydromos, 7.3., 27.6., 11.7., 7.11., 19.12. und 26.12.1985.
- 13 Vgl. u.a. Kathimerini, 19.11., 20.11. und 28.12.1985.
- 14 Vgl. die zahlreichen Berichte und Analysen in den griechischen Massenmedien ab Oktober 1985.
- 15 Vgl. u.a. Kathimerini, 1./2.12., 4.12. und 6.12.1985; To Vima, 24.11.1985.
- 16 Vgl. die Parlamentsprotokolle sowie die Presseberichte zwischen September und Dezember 1985.
- 17 Vgl. Oikonomikos Tachydromos, 5.11. und 15.11.1985; Ethnos, 6.11.1985; Vradini, 6.11.1985; Avgi, 6.11.1985; Kathimerini, 6.11.1985.
- 18 Vgl. Oikonomikos Tachydromos, 24.10.1985.
- 19 Vgl. Oikonomikos Tachydromos, 14.11.1985.
- 20 Vgl. die Parlamentsprotokolle sowie die Presseberichte zwischen Oktober und Dezember 1985.
- 21 Vgl. u.a. Oikonomikos Tachydromos, 17.10.1985.

### Weiterführende Literatur

- Axt, Heinz-Jürgen, Die Griechen sind nun mal anders. Zur politischen Kultur eines unbequemen EG-Partners, in: EG-Magazin, Bonn 1985, Nr. 9/10, S. 12–14.
- Iliopoulos-Stangas, Julia, Rechtsfragen der Mitgliedschaft Griechenlands in einer europäischen politischen Union, in: Europarecht, Baden-Baden 1985, Nr. 2, S. 199–212.
- Manousakis, Gregor M., Griechenland – der schwierige Partner des Westens. Die Außen- und Sicherheitspolitik der PASOK-Regierung, in: Beiträge zur Konfliktforschung, Köln 1985, Nr. 2, S. 61–84.
- Wenturis, Nikolaus, Das politische System Griechenlands. Eine soziopolitische Analyse, Stuttgart 1984.